Schluß mit der Zwangsarbeit in Leipzig



Leipzig, 9.Oktober 1993
4. Jahrestag der entscheidenden Montagsdemo

In Leipzig werden SozialhilfeempfängerInnen zur Zwangsarbeit verpflichtet. Die Aufforderung zum Arbeitseinsatz wird den Betroffenen vom Sozialamt gereicht. Darin steht, wo der Einsatz erfolgt, welche Arbeiten zu verrichten sind. Recht zynisch steht darin werbend der Satz: "Arbeiten ist, am Abend zu wissen, warum man am Morgen aufgestanden ist." Wie auch der Satz:"Arbeiten bringt Freude und bedeutet Zukunft."
Dieser Satz erinnert an vergangene Zeiten:
Arbeitsdienst 1934,
Arbeitspflicht im SED-Staat bis Mitte der 80ziger Jahre.

Vielen ist heute noch in Erinnerung, daß einstmals die Gesetze bei Arbeitsverweigerung für den SED-Staat Arbeitsplatzbindung bis Verurteilung zu Freiheitsentzug als "strafrechtliche Erziehungsmaßnahmen" vorsahen. Schon während der SED-Zeit wurden Mitte der achziger Jahre auch Arbeitslosigkeit und politische Berufsverbote zunehmend zum Problem. Die Betroffenen hatten keinerlei Rechtsanspruch auf Unterstützung, da es sie offiziell nicht geben durfte. Gleichzeitig waren sie der politischen Willkür der Rechtssprechung ausgesetzt.
Mit dem Sturz der SED wurde diese Art politischer Repression endlich beseitigt.

Wir wollen, daß alle ohne Zwang das Recht auf tarifgerecht bezahlte Arbeit haben.

Die Politik der Bundesregierung führte zu massenhaftem Betriebesterben und großer Arbeitslosigkeit. Inzwischen wächst die Zahl der Langzeitarbeitslosen und damit auch jene der SozialhilfeempfängerInnen.
Statt jetzt Programme zum Aufbau von Produktion und damit von Arbeitsplätzen zu beschließen, legt die Bundesregierung ein Programme sozialer Kürzungen vor: Solidarpakt I und II. Darin auch die Verpflichtung der Kommunen, die materielle Erpressung der SozialhilfeempfängerInnen zu Zwangsarbeit durchzusetzen. Die auf Sozialhilfe Angewiesen haben keine Wahl. Wenn sie dem Programm "Arbeit statt Sozialhilfe" nicht folgen, wird ihr dringend benötigter und ohnehin geringer Lebensunterhalt gekürzt. Mit dem Argument knapper Kassen tauscht die Kommunen tarifgerecht bezahlte Beschäftigte gegen BilligstlöhnerInnen aus. So spart sie auf dem Rücken der Ärmsten und nutzt gleichzeitig deren Not aus, um Arbeitsplätze abzubauen. Es wird darauf spekuliert, daß, wer mit dem Notwendigsten erpreßt wird, sich nicht zur Wehr setzt.

Wir können nicht verstehen, daß die SPD einem Solidarpakt mit antisolidarischem Inhalt zugestimmt hat.
Wir können nicht verstehen, daß eine mehrheitlich SPD-regierte Stadt als eine der ersten, diese Form der Erpressung zur Zwangsarbeit anwendet.

Deshalb fordern wir von den politisch Verantwortlichen der Stadt:

1.

Sofortige Beendigung der entwürdigenden Zwangsarbeit!

2.

Nachträglich tarifgerechte Entschädigung für bisher geleistete Arbeit!

3.

Schaffung von festen Arbeitsstellen für diese Arbeiten und Erhalt der vorhandenen Arbeitsplätze!

4.

Feste Anstellung für alle: keine Spaltung in Arbeitskräfte 1., 2. und 3. Ordnung!

Zwangsarbeit, Billigarbeit, entrechtete Arbeit - dadurch wird die Existenz des Öffentlichen Dienstes insgesamt bedroht, denn so kann jeder tarifgerecht entlohnte und feste Arbeitsplatz zerstört werden.

Dagegen werden wir uns wehren!

Wir laden zu einer Diskussionsveranstaltung in zwölf Tagen am

Donnerstag, den 21.10.1994, um 19.30,

in die Demmeringstr. 40 (Nähe Lindenauer Markt),
Straßenbahn Nr.17, 15,13, 5, 27
04177 Leipzig-Lindenau ein.
Telefon 0341-475503, Di/Do 17-20 Uhr

Wir wollen darüber reden, was wir gemeinsam dagegen unternehmen können.